



INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 30. Oktober 2020

Band 14, Ausgabe 15

Themen

- **Klimaschutz**
- **Finanzen**
- **Entwicklungs- politik**
- **Verteidigung**

«Miteinander und füreinander, nur so kommen wir durch diese historische Krise. Der Winter wird schwer. Vier lange schwere Monate. Aber er wird enden.»

(Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (CDU) am Donnerstag in Berlin während einer Regierungserklärung im Bundestag.)

In dieser Ausgabe:

- | | |
|--|---|
| Steuerentlastungen | 2 |
| Religionsfreiheit erhalten | 2 |
| Stärkung der inländischen Apotheken | 3 |
| Grundsicherung für Solo-Selbständige | 3 |
| Beschäftigungssicherungsgesetz auf dem Weg | 3 |
| Entwicklungspolitik als Klimapolitik | 4 |

Nachhaltige Stabilisierung des Irak

Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag das Mandat zur Beteiligung deutscher Streitkräfte an der Bekämpfung des IS und der Ausbildung irakischer Streitkräfte erneuert. Von diesem Beschluss geht ein ganz wichtiges Signal aus:



Deutschland steht zu seiner außenpolitischen Verantwortung und wird den Irak auf seinem Weg zu Stabilität und Wiederaufbau auch weiterhin eng begleiten.

Wir wollen die Reformagenda von Premierminister Al-Khadimi unterstützen und dafür sorgen, dass der Irak mehr und mehr für seine eigene Sicherheit sorgen und der Bevölkerung gerade in Corona-Zeiten eine ökonomische Perspektive bieten kann.

Gerade deshalb werden wir an unserem umfassenden Engagement festhalten, das den militärischen Beitrag unserer Soldatin-

nen und Soldaten in den Gesamtrahmen unserer Zusammenarbeit mit dem Irak einbettet. Hierzu gehört auch ein umfangreiches entwicklungs- politisches Engagement, Unterstützung beim Wiederaufbau und humanitäre Hilfe. Zudem ist Deutschland weiterhin diplomatisch im Rahmen der Anti-IS-Allianz prominent beteiligt.

Mit dem erneuerten Mandat bekennen wir uns zugleich klar zu unserer bündnispolitischen Verantwortung. Das nunmehr laufende Mandat ermöglicht unseren Soldatinnen und



Soldaten, in sehr viel größerem Umfang und mit größerer Flexibilität auch im Rahmen der NATO Mission im Irak

tätig zu sein. Dies war immer ein Wunsch, den NATO-Generalsekretär Stoltenberg an uns herangetragen hat und für den die CDU/CSU-Fraktion eingetreten ist.

Mit der Luftbetankung durch die Bundeswehr, der deutschen Beteiligung an AWACS-Überwachungsflügen und dem von Deutschland betriebenen Luftüberwachungsradar bringt Deutschland weiter wichtige Hochwertfähigkeiten in die internationale Allianz zur Unterstützung des Iraks ein.

Für uns als CDU/CSU-Fraktion steht fest: Dem Irak kommt eine Schlüsselrolle bei der Stabilisierung der gesamten Region zu. Die Stabilisierung des Iraks liegt somit im deutschen und europäischen Interesse. Wir wollen, dass auch der Irak an die positive regionale Dynamik anknüpfen kann, die sich durch die Annäherung Israels an wichtige Staaten der arabischen Welt eröffnet hat.

Steuerentlastungen

Diese Woche hat der Deutsche Bundestag den Entwurf für das Zweite Gesetz zur steuerlichen Entlastung von Familien sowie zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen sowie den Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen beschlossen.

Damit verhindern wir schleichende Steuererhöhungen durch kalte Progression. Die Anhebung der Freibeträge und die Verschiebung des Steuertarifs zu Gunsten der Steuerpflichtigen entlastet vom Azubi bis zum Unternehmer alle Steuerzahler. Es wird auch in den kommenden Jahren keine zusätzliche Belastung aufgrund der Inflationsentwicklung geben. Zudem werden das Kindergeld und der Pauschbetrag für

Menschen mit Behinderung deutlich erhöht. Gemeinsam mit der bereits beschlossenen Abschaffung des Solis für die allermeisten Menschen betragen die steuerlichen Entlastungen ab dem kommenden Jahr knapp 25 Milliarden Euro jährlich. Die Bürger haben so mehr Geld in der Tasche - und das nutzt auch wieder der Konjunktur!

Neben Investitionen in die Infrastruktur wie Kindergärten und Schulen werden in dieser Legislaturperiode besonders Familien finanziell stark entlastet. Mit der nun beschlossenen weiteren Erhöhung des Kindergeldes um 15 Euro und der Anpassung der Kinderfreibeträge setzen wir ein zentrales Anliegen des Koa-

litionsvertrages um. Dazu haben wir aufgrund der Corona-Situation mit dem Familienbonus, der Erhöhung des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende und der Verlängerung des Baukindergeldes Familien in der Krise geholfen. Mit dem Starke-Familien-Gesetz wurde bereits zuvor eine Milliarde Euro in den Kinderzuschlag investiert.

Neben der steuerlichen Entlastung für Familien war es uns ein zentrales Anliegen, endlich die Pauschbeträge für Menschen mit Behinderung zu erhöhen und somit an die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre anzupassen. Auch hier haben wir ein wichtiges Projekt des Koalitionsvertrags umgesetzt.



Religionsfreiheit erhalten

Die Bundesregierung hat am heutigen Mittwoch den zweiten Bericht zur Lage der weltweiten Religionsfreiheit beschlossen. Religionsfreiheit ist ein elementares Menschenrecht und Kernelement unserer Menschenrechtspolitik. Leider muss man weltweit zunehmende Einschränkungen registrieren. Besonders werden Christen als weltweit größte Glaubensgemeinschaft diskriminiert und verfolgt, aber auch Angehörige anderer Religionen leiden darunter.



Schon seit Jahren ist dieser Trend zu beklagen. Der Bericht macht deutlich, wie notwendig eine breite politische Unterstützung für die Stärkung der Religionsfreiheit weltweit ist.

Im Bericht werden insgesamt 30 Staaten – von China und Nordkorea über Iran bis Saudi-Arabien – unter die Lupe genommen. Er liefert das Fundament dafür, um national wie international sehr konkret für die Einhaltung dieses grundlegenden Menschenrechts eintreten zu können.

Drei wichtige Herausforderungen sind aktuell erstens die

Blasphemie- und Antikonversionsgesetze, zweitens die digitale Kommunikation sowie drittens der Bereich staatlicher Bildungsangebote.

Gemeinsam mit internationalen Partnern und der UNO wollen wir den negativen Trend der Einschränkung von Religionsfreiheit stoppen und umkehren. Die Unionsfraktion steht dabei an der Seite aller, die wegen ihrer Weltanschauung oder ihrer Religion verfolgt werden. Der Bericht bestärkt uns in unserer Auffassung, dass dies in unserer nationalen und internationalen Arbeit weiter einen wichtigen Raum einnehmen soll.

Stärkung der inländischen Apotheken

Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag das Gesetz zur Stärkung der Vor-Ort-Apotheken beschlossen. Mit dem Gesetz stärken wir unsere Apotheken vor Ort und leisten damit einen weiteren Beitrag zur zuverlässigen Medikamentenversorgung der Bürger.

Wie wichtig das ist, haben wir einmal mehr während der Corona-Pandemie gemerkt: Die eigene Herstellung von Desinfektionsmitteln durch die Apotheken war ein wesentlicher Baustein für die Versorgung von Menschen mit Produkten zum



persönlichen Schutz. Auch der Botendienst, gerade im ländlichen Raum oder für Menschen, die gerade während der Pandemie nicht selbst eine Apotheke aufsuchen können, hat sich bewährt.

Deswegen war es höchste Zeit, dass wir jetzt mit unserem Gesetz die Ungleichheit beenden, die nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes seit Oktober 2016 geherrscht hat: Gerne hätten wir ein komplettes Versandhandelsverbot für Arzneimittel mit Preisbindung gesetzlich geregelt.

Das ließ sich aufgrund der europäischen Hürden nicht rechtssicher umsetzen. Deshalb

schreiben wir die sogenannte Gleichpreisigkeit fest. Im Sozialgesetzbuch ist nun verbindlich geregelt, dass für gesetzlich Versicherte bei der Abgabe verordneter Arzneimittel keine Zuwendungen gewährt werden dürfen.

Außerdem führen wir zusätzliche honorierte pharmazeutische Dienstleistungen ein, auf die GKV-Versicherte einen Anspruch haben. Den Botendienst für die Apotheken vergüten wir nun dauerhaft. So kommt dieses Gesetz sowohl unseren Apotheken vor Ort als auch den Bürgerinnen und Bürgern zugute, die nur dort persönliche Beratungsgespräche sowie Nacht- und Notdienste vorfinden.

Grundsicherung für Solo-Selbständige

Die Auswirkungen der Corona-Krise haben vor allem Freiberufler, Künstler und Künstlerinnen und andere Solo-Selbständige hart getroffen. Daher haben wir bereits im März 2020 im Eilverfahren das Sozialschutz-Paket I verabschiedet, mit dem wir den Zugang zu Leistungen

der Grundsicherung nach dem SGB II erleichtert haben.

Viele Betroffene erfüllen die Anspruchsvoraussetzungen aber nicht. Daher steuern wir jetzt über die Erhöhung des Altersvorsorgebetrages auf 8000 Euro pro Jahr Selbständigkeit, die Nichtanrechnung des Betriebs-

vermögens und die Ausnahme aus dem Vermittlungsverfahren für freie Arbeitsplätze.

Damit erweitern wir den Kreis der Anspruchsberechtigten und beseitigen bestehende Hindernisse für die Inanspruchnahme unserer Hilfeleistungen.

Beschäftigungssicherungsgesetz auf dem Weg

Mit dem Beschäftigungssicherungsgesetz haben wir diese Woche die Umsetzung der Beschlüsse des Koalitionsausschusses vom 25. August 2020 zur Verlängerung der vereinfachten Regelungen für den Bezug von Kurzarbeitergeldes beraten.



Damit wollen wir Arbeitsplätze von vielen Beschäftigten sichern und helfen, die Coronakrise im Winter und im Frühjahr durchzustehen. Die bis zum 31. Dezember 2020 bestehenden Regelungen werden für das Jahr 2021 verlängert. Zudem wird im Laufe des Jahres 2021 durch die mit dem Gesetz korrespondierenden Rechtsverordnungen u.a. die

Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge schrittweise zurückgefahren. Ab dem 1. Juli 2021 erfolgt die volle Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge nur noch für Zeiten beruflicher Weiterbildung während der Kurzarbeit. In allen anderen Fällen erfolgt eine hälftige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge beim Bezug von Kurzarbeitergeld.

AXEL E. FISCHER
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790
Fax: 030-227-76677
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

«Ich hoffe sehr, dass nach einem dunklen November ein hellerer Dezember möglich ist.»

(Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) am Donnerstag nach einer Sitzung des Kabinetts in München zur Rechtfertigung der Corona-Auflagen für den Monat November)

Entwicklungspolitik als Klimapolitik

Der Klimawandel ist eine der großen Überlebensfragen der Menschheit. Die globale Erwärmung auf unter zwei Grad Celsius zu begrenzen, kann allerdings nur gelingen, wenn die Industrieländer mit den Schwellen- und Entwicklungsländern zusammenarbeiten.

Diese Woche fand zu diesem Thema der erste hybride Kongress der Unionsfraktion statt, sowohl real im Berliner Reichstag als auch im Netz. Für uns ist klar: Wirksamer Klimaschutz bleibt auch in Pandemiezeiten eines der wichtigsten Themen auf der internationalen Tagesordnung.

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller, forderte „eine globale Energiewende“ unter Einchluss der Schwellen- und Entwicklungsländer. Der Ausstieg Europas aus der Kohle sei nutzlos, wenn gleichzeitig anderswo auf der Welt 450 neue Kohlekraftwerke gebaut würden oder sich in Planung befänden. Vielmehr müsse Europa seinen „Green Deal“ auf Afrika ausweiten.

„Wir können mit unserer Technologie Afrika zum grü-

nen Kontinent der Erneuerbaren Energien machen“, betonte er. Umgekehrt könne die Sonne Afrikas auch Energie für Europa liefern.

In der Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika müssen wir nicht nur die riesigen Potentiale in Wind- und Solarenergie für eine nachhaltige Produktion nutzen, sondern auch den grünen Wasserstoff. Damit



hätten wir die Möglichkeit, unsere Wirtschaft zu dekarbonisieren und gleichzeitig die Industrien von Partnerländern wie Marokko zu entwickeln, das zu einer lokalen Lokomotive für grüne Innovationen in Afrika werden könnte..

Welch großen Beitrag die Entwicklungszusammenarbeit beim Klimaschutz bewirken kann, wurde in der Podiumsdiskussion deutlich. Ein Drittel der Entwicklungsprojekte hat derzeit direkten Bezug zum Klima. Es geht sowohl um eine Minderung des CO₂-Ausstoßes in Schwellenländern als auch um Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern. Interessant ist dabei die Frage, wie klimafreundliche Finanzsysteme aussehen könnten.

Eine der Ursachen für den Klimawandel ist die Nahrungsmittelverteilung. Vor allem beim Transport von Nahrungsmitteln werden große Mengen CO₂ emittiert. Daher brauche man lokal angepasste Anbaumethoden und dezentrale Strukturen bei der Lebensmittelversorgung. In den Ländern des Nordens könnte auch eine Verringerung des Fleischkonsums helfen, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Außerdem ist der Lebensmittelabfall in Deutschland und Europa einfach nicht erträglich.

Eine Möglichkeit, Kohlendioxid aus der Atmosphäre zu binden, ist der Erhalt von Wäldern sowie die Wiederaufforstung. Das Kongobecken ist derzeit eine grüne Lunge der Welt. Es steht aber unter dem Druck von bewaffneten Gruppen, illegalen Händlern und Wilderern. Hier gilt es, vorausschauende Strategien zum Erhalt dieses Kleinods zu verfolgen.

Der Klimawandel hat massive Auswirkungen auf die biologische Vielfalt. Wenn die Temperatur weiter steigt, werden wir massiv weiter Arten verlieren. Bei zwei Grad Erwärmung sei damit zu rechnen, dass zwei Drittel aller Arten aussterben. Wir brauchen daher deutlich mehr Schutzgebiete weltweit, um den Lebensraumverlust für die Arten zu stoppen. Bis 2030 müssten es 30 Prozent der Erdoberfläche sein.